

Einschätzungen zur Pflegekrise

Datenbasis:	1.010 Befragte ab 18 Jahren
Erhebungszeitraum:	1. bis 4. November 2024
Statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	DAK Gesundheit

Die soziale Pflegeversicherung (SPV) steht derzeit vor großen Finanzproblemen. Bereits zu Beginn des kommenden Jahres ist die Zahlungsfähigkeit der SPV gefährdet.

Knapp zwei Drittel der Befragten (64 %) meinen, diese akuten Finanzprobleme der sozialen Pflegeversicherung sollten am ehesten durch eine Erhöhung der Steuermittel bzw. der Zuschüsse des Bundes gelöst werden.

Jeweils nur wenige Befragte sprechen sich für eine Lösung der Finanzprobleme der SPV durch Verzicht auf die Leistungsdynamisierung und/oder durch eine Kürzung der Leistungen (17 %) oder durch höhere Beiträge für die Versicherten (15 %) aus.

Knapp ein Fünftel der Befragten (18 %) kann keine Einschätzung zu dieser Frage abgeben („weiß nicht“). Dies gilt überdurchschnittlich häufig für die jüngeren, unter 45 Jahre alten Befragten.

Lösungsansätze der Finanzprobleme der sozialen Pflegeversicherung

Die akuten Finanzprobleme der sozialen Pflegeversicherung sollten am ehesten gelöst werden durch...

	... eine Erhöhung der Steuermittel bzw. der Zu- schüsse des Bun- des %	... Verzicht auf Leistungsdynami- sierung und/oder durch Kürzung der Leistungen %	... höhere Beiträge für die Versicherten %	weiß nicht %
insgesamt	64	17	15	18
Nord	73	21	10	8
NRW	64	13	17	19
Baden-Württemberg	72	13	15	15
Bayern	57	17	13	24
Südwest	58	15	21	21
Ost	63	19	16	22
Männer	64	23	19	13
Frauen	65	11	11	23
18- bis 29-Jährige	56	15	7	33
30- bis 44-Jährige	58	21	16	24
45- bis 59-Jährige	68	14	15	16
60 Jahre und älter	70	16	18	9

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Während der Corona-Pandemie waren die Pflegekassen dazu verpflichtet worden, u.a. für Corona-Tests und Pflege-Boni in Pflegeheimen zu zahlen. Einem juristischen Gutachten zufolge sei der Bund dazu verpflichtet, diese versicherungsfremden Leistungen in Höhe von 6 Milliarden Euro an die Pflegekassen zurückzuzahlen. Die Bundesregierung zahlt diese Coronahilfen aktuell mit Verweis auf den angespannten Bundeshaushalt nicht zurück, obwohl damit die kurzfristigen Finanzprobleme der Pflegeversicherung vollständig gelöst werden könnten.

Dass sich der Bund angesichts der derzeitigen Haushaltslage richtig verhält, indem er die Coronahilfen nicht zurückzahlt, meint nur eine kleine Minderheit der Befragten (7 %). Die große Mehrheit (81 %) hingegen meint, der Bund sollte die Coronahilfen zurückzahlen.

Verhalten des Bundes bezüglich der Coronahilfen

	Der Bund verhält sich angesichts der Haushaltslage richtig	
	ja %	nein, der Bund sollte die Corona- hilfen zurückzahlen %
insgesamt	7	81
Nord	6	85
NRW	9	77
Baden-Württemberg	4	82
Bayern	9	74
Südwest	8	85
Ost	8	82
Männer	8	84
Frauen	6	78
18- bis 29-Jährige	4	71
30- bis 44-Jährige	10	73
45- bis 59-Jährige	5	90
60 Jahre und älter	9	84

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

Gesundheitsminister Karl Lauterbach hat eine „große Pflegereform“ angekündigt, die er zeitnah vorstellen möchte und die noch vor der nächsten Bundestagswahl in rund einem Jahr umgesetzt werden soll.

Dass diese Ankündigung auch in die Realität umgesetzt wird, hält allerdings nur eine Minderheit der Befragten (17 %) für sehr oder eher wahrscheinlich.

Die große Mehrheit hingegen (80 %) hält es für eher bzw. sehr unwahrscheinlich, dass diese „große Pflegereform“ bis dahin beschlossen wird.

Umsetzung der „großen Pflegereform“

Dass die angekündigte "große Pflegereform" noch vor der nächsten Bundestagswahl beschlossen wird, halten für

	sehr wahrscheinlich %	eher wahrscheinlich %	eher unwahrscheinlich %	sehr unwahrscheinlich %
insgesamt	3	14	49	31
Nord	0	17	51	32
NRW	4	11	54	29
Baden-Württemberg	1	11	47	34
Bayern	1	16	51	30
Südwest	3	20	43	31
Ost	9	12	44	32
Männer	5	16	43	33
Frauen	2	13	54	29
18- bis 29-Jährige	4	20	49	26
30- bis 44-Jährige	3	15	44	34
45- bis 59-Jährige	5	13	46	33
60 Jahre und älter	3	12	53	30

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe